

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 10.02.2020
Raum: Ratssaal des Rathauses, Sophienstraße 27, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:01 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 03.12.2019
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Haushalt 2020 - 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan
Vorlage: 2020/028
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst eröffnet die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 03.12.2019

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 03.12.2019 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 5

**Haushalt 2020 - 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan
Vorlage: 2020/028**

Sitzungsverlauf:

Herr Henkel stellt anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist, die in der Sach- und Rechtslage geschilderte Situation dar und betont, dass es sich beim Nachtragshaushalt in erster Linie um Investitionen handelt, die im Rahmen der Haushaltsberatungen im vergangenen Herbst noch nicht planungsreif waren, jedoch in diesem Jahr angeschoben werden müssen. Für die zusätzlichen Investitionen, die beispielsweise bei der KGS, den Feuerwehren und dem Palais anstehen, ist ein Kreditbedarf von 1,6 Mio. Euro erforderlich, sodass zum Ende des Jahres ein Schuldenstand von 9,8 Mio. Euro zu erwarten ist. Er weist darauf hin, dass die eigentlichen Probleme in der mittelfristigen Finanzplanung liegen, die aufgrund der allein schon anstehenden Pflichtaufgaben einen Schuldenstand von bis zu 24,5 Mio. Euro erwarten lässt, sodass es jetzt angezeigt ist, Prioritäten zu setzen, um noch gegensteuern zu können. Im Übrigen weist er auf die Folgen des Handelns in den einzelnen Fachausschüssen hin, die in der Vergangenheit für sich allein betrachtet sicherlich sinnvolle Entscheidungen getroffen haben, was in der Gesamtbetrachtung jedoch dazu geführt hat, dass die Abwicklung des Haushalts aufgrund des fortwährend größer werdenden Umfangs immer schwieriger wird, sodass auch hier ein Umdenken erforderlich ist.

Herr Theo Meyer erkundigt sich, bis zu welchem Schuldenstand die Gemeinde handlungsfähig bleibt.

Herr Henkel weist darauf hin, dass aktuell bei einem Schuldenstand von rund 10 Mio. Euro und einer Tilgungsleistung von 650.000 Euro trotz guter Steuereinnahmen lediglich ein Überschuss von 150.000 Euro verbleibt, sodass bereits bei einem leicht höheren Schuldenstand der Überschuss schnell für zusätzliche Zins- und Tilgungsleistungen verbraucht ist. Dessen ungeachtet gilt es heute nicht, Panik zu verbreiten, sondern aufzuzeigen, dass es nicht so weiter gehen kann wie in den vergangenen Jahren

Frau Dr. Eytling bemerkt, dass nur wenige Handlungsoptionen zur Verfügung stehen, sodass letztendlich neben der kompletten Streichung nur eine drastische Reduzierung im Rahmen von Einzelmaßnahmen zielführend sein wird.

Herr Bohmann erklärt, dass Steuererhöhungen nicht in Frage kommen und es Aufgabe des Finanz- und Wirtschaftsausschusses sein muss, Prioritäten zu setzen und Einsparpotenziale aufzuzeigen. Dessen ungeachtet sollte gegebenenfalls in den Folgejahren auch noch einmal der Verkauf von Wohnbaugrundstücken näher betrachtet werden, wobei dann noch einmal grundlegend zu überlegen wäre, welches Tempo bei der Wohnbauentwicklung künftig eingeschlagen werden sollte.

Herr Ahlers gibt zu verstehen, dass im Verlauf der anstehenden Beratungen auch noch einmal der Feuerwehrbedarfsplan genau geprüft werden muss, um festzustellen, welche Maßnahmen tatsächlich kurzfristig umgesetzt werden müssen und auf

welche Maßnahmen wie beispielsweise die Drehleiter verzichtet werden könnte. Darüber hinaus müssten aus seiner Sicht auch die immensen Planungskosten auf den Prüfstand.

Herr Segebade weist darauf hin, dass früher bei Baumaßnahmen Planungskosten in Höhe von rund 23 Prozent veranschlagt wurden, während heute allein die Architektenleistungen oftmals 23 Prozent betragen.

Herr Janßen dankt der Verwaltung für die Zusammenstellung des Zahlenmaterials, die eine sehr gute Grundlage für die politische Arbeit darstellt. Er weist darauf hin, dass aus Sicht der SPD-Fraktion alle beschlossenen Maßnahmen sinnvoll und notwendig waren, jedoch künftig genau geprüft werden muss, auf welche freiwilligen Dinge gegebenenfalls verzichtet werden kann. Er spricht sich dafür aus, in Zukunft häufiger Investoren einzubeziehen, um den Investitionshaushalt zu entlasten und Abschreibungen zu reduzieren. Darüber hinaus regt er zur Einnahmeverbesserung an, die Wohnbaugrundstücke schneller zu veräußern, um die vorab investierten 4 Mio. Euro für Grunderwerb und Erschließung schneller refinanzieren zu können sowie für neue Maßnahmen mehr Spielraum zu haben. Dessen ungeachtet lehnt er wie Herr Bohmann Steuererhöhungen ab.

Herr Henkel legt dar, dass ein schnellerer Verkauf der Wohnbaugrundstücke nicht die gewünschte Wirkung entfaltet, da die Einnahmen bereits komplett in der Gesamtaufstellung berücksichtigt wurden.

Frau Dr. Eyting weist darauf hin, dass die Verwaltung für den Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für die vorgesehene Kindertagesstätte in Hahn-Lehmden zugesagt hat, um zu klären, ob ein PPP-Model oder eine selbst errichtete Immobilie wirtschaftlicher ist.

Herr Henkel bemerkt, dass eine entsprechende Berechnung bereits mit dem Ergebnis vorgenommen wurde, dass ein PPP-Model bei einer Nutzungsdauer von bis zu 30 Jahren günstiger ist.

Frau Dr. Eyting gibt zu verstehen, dass letztendlich sowohl die Einnahme- als auch Ausgabesituation eingehend auf den Prüfstand gestellt werden muss, sodass die Fachausschüsse und die Fraktionen gefordert sind, sich auf das Notwendigste zu beschränken.

Frau Lamers ergänzt, dass die Gruppe CDU/Grüne Steuererhöhungen nicht mittragen kann und im Rahmen der weiteren Beratungen letztendlich der Finanz- und Wirtschaftsausschuss gemeinsam mit der Verwaltung gefordert ist, final eine Prioritätenliste zu erstellen. Im Übrigen rät sie davon ab, Wohnbaugrundstücke schneller zu verkaufen, da auf diesem Wege wie schon oftmals von der Verwaltung erwähnt nur außerordentliche Erträge erwirtschaftet werden und obendrein die Gefahr besteht, dass die Gemeinde quasi „ausverkauft“ wird. Sie spricht sich wie bereits einige Vordredner dafür aus, einen gemeinsamen, fraktionsübergreifenden Weg zu finden, um die bevorstehenden Aufgaben lösen zu können.

Herr Langhorst unterstreicht ergänzend, dass der Finanz- und Wirtschaftsausschuss mehr denn je die Aufgabe hat, die Investitionstätigkeiten der Gemeinde auf das Machbare zu begrenzen und zu priorisieren, um die Leistungsfähigkeit insgesamt nicht zu gefährden. Er stellt heraus, dass die Gruppe CDU/Grüne seit 2016 stets ein

Angebot an Wohnbaugrundstücken vorgehalten hat, das im Einklang mit der vorhandenen Infrastruktur steht und diesen Weg auch künftig beschreiten will.

Bürgermeister Krause gibt zu verstehen, dass mit der jetzt vorliegenden Aufstellung und Bepreisung aller Maßnahmen die Chance besteht, auf der richtigen finanzpolitischen Spur zu bleiben. Eine tragende Funktion sollte dabei insbesondere dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss zukommen, der künftig deutlich mehr steuernd und gestalterisch eingreifen muss. Im Übrigen ist es aus seiner Sicht ratsam, aus den üblichen politischen Verhaltensmustern auszusteigen, um fraktionsübergreifend die anstehenden Aufgaben angehen und erforderliche Prioritäten setzen zu können. Seitens der Verwaltung wird diesbezüglich, aber auch zur fraktionsinternen Beratung, ausdrücklich Unterstützung angeboten.

Herr Theo Meyer schließt ebenfalls Steuererhöhungen zum jetzigen Zeitpunkt aus und bemerkt, dass die Problematik eigentlich nur über die Ausgabenseite zu bewältigen ist, sodass es sehr erfreulich ist, jetzt einen längeren Betrachtungszeitraum von 10 Jahren vorliegen zu haben. Er bittet darüber hinaus um weitergehende Informationen, woraus abzuleiten ist, was sich die Gemeinde künftig leisten kann.

Herr Zörgiebel unterstreicht, dass sich die Politik zunächst vollends auf die Pflichtaufgaben konzentrieren muss und erst im Nachgang betrachtet werden sollte, was noch zusätzlich leistbar ist. Im Übrigen sollte nicht vorschnell über Steuererhöhungen nachgedacht, sondern zunächst bestehende Standards überprüft und geschaut werden, wo Einsparungen möglich sind.

Beschlussempfehlung:

Die Ausführungen zur Aufstellung eines Nachtragshaushaltes für das Haushaltsjahr 2020 werden zur Kenntnis genommen und auf der Grundlage der Beratungen vom 10.02.2020 zu weiteren Beratungen an die Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

Einwohnerfragestunde

Herr Langhorst weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister beziehungsweise die Verwaltung zu richten. Es folgt eine Anfrage eines Einwohners, die vom Ersten Gemeinderat Henkel beantwortet wird. Folgendes Anliegen wird inhaltlich thematisiert:

- Auswirkungen einer wirtschaftlichen Krise verbunden mit geringeren Einnahmen bei der Gewerbesteuer.

Tagesordnungspunkt 7

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst schließt die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 18:01 Uhr.